

Michael Gedatus

Markus Stöckler: Politik und Medien in der Informationsgesellschaft

1993

<https://doi.org/10.17192/ep1993.1-2.4894>

Veröffentlichungsversion / published version

Rezension / review

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Gedatus, Michael: Markus Stöckler: Politik und Medien in der Informationsgesellschaft. In: *medienwissenschaft: rezensionen*, Jg. 10 (1993), Nr. 1-2, S. 59–61. DOI: <https://doi.org/10.17192/ep1993.1-2.4894>.

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under a Deposit License (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual, and limited right for using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute, or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the conditions of use stated above.

Markus Stöckler: Politik und Medien in der Informationsgesellschaft
Münster: Lit Verlag 1992, 441 S., DM 88,80

Ist die Entstehung eines neuen gesellschaftlichen 'Supersystems' ohne demokratisches Fundament, bestehend aus Politik und Massenmedien, lediglich eine pessimistische Vision? Oder sind heute beide Teilsysteme bereits zumindest graduell auf solche Weise symbiotisch miteinander verschmolzen, daß substantielle Gefährdungen des demokratischen politisch-gesellschaftlichen Legitimationsmechanismus auftreten? Diese höchst spannende Frage verfolgt Markus Stöckler aus politikwissenschaftlicher Sicht und auf systemtheoretischer Basis. Sein Vorgehen besteht zunächst darin, eine Diagnose des bestehenden Interdependenzgeflechtes aus Politik und Massenmedien innerhalb des gegenwärtigen gesellschaftsstrukturellen Rahmens zu erstellen. Bei Vorliegen problematischer Resultate und nach Identifikation von Handlungsbedarf sollen schließlich mögliche Problemlösungsstrategien umrissen werden.

Der systemtheoretische Ansatz faßt unter Rückgriff auf Luhmann das Grundmuster der Zusammenhänge zwischen politischem und Massenkommunikationssystem dahingehend, daß Systeme mit (unterstellter) hoher Eigenkomplexität die Fähigkeit besitzen, den selektierten Input durch interne Transformationsleistungen mit eigenproduzierten Informationen, Bedeutungen etc. anzureichern, zu verändern und als Output an ihre Umwelt zu vermitteln (s.S.12ff.). Für Stöckler liegen die politischen Funktionen des Mediensystems, die im Sinne der funktional-strukturellen Systemtheorie dem Systemerhalt dienen, in der Bekanntmachung, der Verständlichmachung und der Akzeptanzvorbereitung von Politik. Der politische Kommunikationsprozeß fungiert als Beziehungsrahmen zwischen den Systemen Politik und Massenmedien und wird dabei prinzipiell strukturiert durch 'öffentliche Meinung', deren Funktion in der Bereitstellung von Themen politischer Kommunikation vermittels selektiver Leistungen (s.S.56) besteht und die als eigenständiges System definiert wird.

Im politischen Bezugsraster sind Fragen zum Wirkungspotential der Massenmedien von hoher Bedeutung. Unter Anlage kommunikationswissenschaftlicher Maßstäbe referiert Stöckler eher holzschnittartig die beiden widerstreitenden Thesen von einerseits bedeutender politischer Medienmacht und andererseits zunehmendem Autonomieverlust der Medien. Die Ausgangsfrage verdichtet sich zur "weiterführenden These" (S.95): Gegenwärtig sei eine Systemneubildung von Politik und Massenmedien durch eine Symbiose beider Systeme im Gange, die sich zu einem "Supersystem" zu verselbständigen drohe. Als Grundlage hierfür wird auf den fundamentalen Sinn von Systembildung rekurriert, nämlich die Reduktion von Umweltkomplexität durch interne Komplexitätssteigerung. Zur Überprüfung der Neubildungsthese stellt Stöckler die Frage nach den

Umweltbedingungen, den gesellschaftlichen Rahmenfaktoren für das "Supersystem": Mit Entwicklung und Diffusion der Informations- und Kommunikationstechnologien etabliert sich die "Informationsgesellschaft" als komplexe Systemumgebung.

Das Resultat dieses Analyseschrittes verweist auf die zunehmende Vernetzung gesellschaftlicher Teilsysteme und auf die gesteigerte Komplexität im Zuge des Informatisierungsprozesses: Herkömmliche (Teil-)Systemgrenzen verschieben sich, es kommt zu Neubildungen alter Teilsysteme; hohe Komplexität zieht zu ihrer Bewältigung neue Funktionsstrukturen nach sich. Angewendet auf die Untersuchungsfrage konstatiert Stöckler gesellschaftliche Bindungsverluste und dadurch wachsenden Legitimationsbedarf politischen Handelns. "Mediatisierung der Politik" (S.288) führe zum Autonomieverlust des politischen Systems und zugleich zu verstärkter Instrumentalisierung der Medien. Dadurch wiederum reduzierten sich auch Autonomiespielräume der Medien selbst. Die beiden Systeme Politik und Medien - vorrangig die elektronischen - reagierten nun mit innerer Komplexitätssteigerung durch symbiotische Verschmelzung mit dem Ziel der Bewältigung anwachsender Umweltkomplexität innerhalb der Informationsgesellschaft. Nach Stöcklers Ansicht sind die möglichen Folgen verheerend: "Der gesamte politische Legitimationsprozeß, gewährleistet durch ein in Mittlerfunktion stehendes unabhängiges Mediensystem, droht zur Farce zu werden " (S.288). Staatsfreiheit und politische Eigenständigkeit des Rundfunks seien zwar normativ fixiert und verfassungsmäßiges Ideal, nicht jedoch faktisch realisiert (s.S.289).

Zur Rekonstruktion der Autonomie des Mediensystems empfiehlt der Autor zwei Gegenmittel - das privatwirtschaftlich verfaßte Mediensegment als innersystemisches Instrument und weitergehend ein neues steuerungstheoretisches Modell: "Kommunikative Demokratie" (s.S.291); die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten scheiden "als Träger einer solchen Initiative" zur Autonomierekonstruktion von vornherein aus, da sie "schon zu sehr mit dem politischen System verflochten sind" (S.290). Spätestens an dieser Stelle wird offenkundig, was für den Autor die massenmediale Seite seines 'Supersystems' eigentlich ausmacht. Dabei ist nicht von der Hand zu weisen, daß ARD und ZDF von den politischen Parteien häufig quasi als Besitztümer betrachtet werden, daß die öffentlich-rechtlichen Strukturen vielfach verkrustet sind und Schlüsselbegriffe wie "Grundversorgung" und "Bestands- und Entwicklungsgarantie" sich neuen Entwicklungen des Mediensystems gegenüber ständig innovativ verhalten müssen. Weitaus zu pauschalisierend ist es allerdings, dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk jede Entwicklungsfähigkeit hinsichtlich Autonomiepotential abzuspochen - und ihn damit auch aus der Verantwortung zu nehmen, innovative und demokratisch weiterreichende Public-Service-Konzepte zu entfalten. Zwar "theoretisch [...] das Potential zur Gegensteuerung in sich" (S.305)

tragend, könnten dies praktisch andererseits unter den herrschenden Verhältnissen eines - wie Stöckler meint - negativen politischen Interventionismus der Bundesländer auch die privaten Veranstalter, "einengende Aufgaben" (S.296) der Landesmedienanstalten (LMA) sowie generelle Benachteiligung erleidend, nicht realisieren. Vollkommen unberücksichtigt bleiben aber bei solchem Lamento bspw. vorteilsgewährende Standortpolitiken von Staatskanzleien oder die von verschiedenen Autoren sogar gegenüber der Aufsichtsfunktion als dominierend erachtete "Fürsorge-Praxis" der LMA für den Privatfunk.

Innersystemisch verbleiben die Printmedien, konkret die Tageszeitungen, als Kontrollinstanz für die Politik und den Rest der Medien. Stöckler diskutiert ausführlich Probleme und Potentiale der Tagespresse, gibt Empfehlungen u.a. für Journalisten - bleibt aber mediumimmanent. Wichtige strukturelle Aspekte kommen nicht zur Sprache, etwa Verschränkungen zwischen Print- und elektronischen Medien oder auch (lokal-)politische Beziehungsgeflechte von Redakteuren und Verlegern.

Die abschließenden steuerungstheoretischen und -politischen Überlegungen zu einer 'Kommunikativen Demokratie' zielen auf eine "gesamtgesellschaftliche Problemlösungsvariante" durch Entwicklung eines Ordnungssystems, das "die Auswirkungen der Informationsgesellschaft im Sinne eines demokratischen Systems kanalisieren" (S.362) soll. Auf das Mediensystem und die Entflechtung des "Supersystems" bezogen impliziert die ordnungspolitische Basis dieses Konstruktes "mit Leitbildcharakter" (S.355) eine Beschneidung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks und eine Stärkung der privaten Anbieter. Es propagiert die Alternative eines insgesamt außenpluralen Mediensystems und gipfelt in einem Angriff auf die gegenwärtige duale Rundfunkverfassung. Dem Ansinnen allerdings, eine dominante Marktorientierung des Rundfunks auch noch als Staatsziel in der Verfassung zu verankern, wird selbst vom Autor ein in seinen Augen zwar wünschenswerter, aber doch illusionärer Charakter beigemessen. Der wirtschaftsliberale Wind des freien Spiels der Marktkräfte weht nicht nur durch diese letzten Seiten eines Buches, dem es jedenfalls nicht an Auseinandersetzungen herausfordernder Substanz mangelt.

Michael Gedatus (Düsseldorf)